

Schwarz auf weiß

Das Magazin der Grünen in der Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim

EDITORIAL (Mai 2024)

Von einem neuen Magazin, bösen Überraschungen und heiligen Kühen

Geneigte Leserin, geneigter Leser,

Sie halten das erste Exemplar von „schwarz auf weiß“, unser neues Magazin der Grünen – nein, nicht in den Händen – aber digital vor Augen (man kann es allerdings auch ausdrucken). Nach langer Zeit der Abstinenz von unserer alten Zeitschrift „Die Brennessel“ haben wir uns entschlossen, die gute Form der Berichterstattung mit einem neuen Titel wieder aufleben zu lassen. In unregelmäßigen Abständen wollen wir Sie über Aktuelles, Interessantes und Hintergründiges aus grüner Politik in der Kommune und darüber hinaus informieren. Somit bieten wir eine Ergänzung zu unserer Homepage, die wir mit allerlei weiteren Informationen füttern.

Die etwas provokative Überschrift deutet an, dass der Wahlkampf, wie wir ihn zurzeit verbandsgemeindeweit führen, auch böse Überraschungen für uns bereithält. Ein Großteil unserer Plakate in Dannstadt wurde von Unbekannten abgerissen oder abgeräumt, aber auch in anderen Ortsteilen sind Plakate verschwunden. Das ist eine unfaire Attacke auf die demokratische Meinungsfreiheit - und nebenbei eine Straftat! Böse Überraschungen auch deshalb, weil ein SPD-Prospekt behauptet, bei der Initiative „Runder Tisch Verkehr“ in der Ortsgemeinde Dannstadt-Schauernheim und bei der Beantragung eines Basketballfeldes in Dannstadt-Schauernheim die übrigen Fraktionen durch „Überzeugungsarbeit und zielführende Diskussionen für Ihre Ideen“ gewonnen zu haben. Das nennen wir, sich fremde Federn an den Hut zu stecken! Der Runde Tisch Verkehr war ein

Gemeinschaftsprojekt beider Parteien, gestaltet und moderiert von Robin Weller (SPD) und Ralf Klein (Grüne). Dieses erfolgreiche Format wurde leider eingestellt, weil Herr Weller die kommunale politische Bühne verlassen hat. Die Idee eines Basketballfeldes in Dannstadt-Schauernheim geht dagegen ganz klar auf die Initiative der Grünen zurück und reicht bis ins Jahr 2018 - hier lief die Sache eben genau umgekehrt wie behauptet. Also immer schön bei der Wahrheit bleiben!

Wir leben in Krisenzeiten, in denen man sich nicht mehr scheuen darf, heilige Kühe anzugreifen. Der Bau immer neuer Gewerbegebiete ist so eine heilige Kuh. Nach dem Motto „Darf’s ein bisschen mehr sein?“ wird im ganzen Kreis immer mehr Fläche beseitigt und zugebaut, z. B. auch bei uns in Dannstadt. Das muss auf Skepsis stoßen, auch weil der Bau eines Gewerbegebiets den Haushalt belastet, unglaubliche Mengen klimaschädlicher Gase freisetzt und zusätzlichen Verkehr erzeugt, siehe unsere Beiträge in diesem Magazin!

Viel Spaß beim Lesen, Zuversicht und Glück!

Aus dem Inhalt:

- ❖ Klimawandel - jetzt etwas tun, bevor es zu spät ist
- ❖ Wie gut ist das Integrierte Klimaschutzkonzept der Verbandsgemeinde?
- ❖ Der Dannstadter Osten
- ❖ Wichtige Informationen zum Thema Gewerbegebiet *versus* Pappelwäldchen
- ❖ Chancen und Schwachstellen im ÖPNV
- ❖ Artensterben

Impressum:

Herausgeber: Gemeindeverband „Dannstadter Höhe“ von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
c/o Albert-Schweitzer-Straße 40, 67125 Dannstadt-Schauernheim
ov-dannstadter-hoehe@gruene-rlp.de www.gruene-dannstadter-hoehe.de



Klimawandel – jetzt etwas tun, bevor es zu spät ist

Ein Appell

Seit 35 Jahren schreiben zig Wissenschaftler am Internationalen Klimabericht IPCC. Die meisten von ihnen sind verzweifelt, weil sie seit Jahren zu schnellem Handeln aufrufen, aber der politische Wille zur Umsetzung fehlt. Im Jahre 2015 wurde das 1,5 Grad Ziel in Paris beschlossen und bejubelt. Seitdem sind 9 Jahre vergangen und bereits in den letzten drei Jahren haben wir jährlich die 1,2 Grad Marke überschritten. 77 Prozent der Wissenschaftler glauben daran, dass wir die 2 Grad Marke überschreiten werden, fast die Hälfte glaubt, dass es 2,5 Grad werden.

Was 1,2 Grad plus bedeuten, haben wir in den letzten drei Jahren erlebt. Dürren, Überflutungen, Stürme. Auch in Deutschland. Das ist einfache Physik. Höhere Temperaturen bedeuten, dass die Luft mehr Wasser aufnehmen kann. Das Ergebnis sind heftigere Regenfälle und Stürme. 2,5 Grad plus bedeuten auch, dass große Teile des globalen Südens unbewohnbar werden. Flüchtlingsströme werden sich nach Europa aufmachen, das jetzt schon unter den vielen Flüchtlingen stöhnt. 3 Grad plus bedeutet das Aus für viele Küstenstädte.

Wir haben keine andere Wahl, wenn wir diese hoffnungslosen Szenarien vermeiden wollen, dann müssen wir den Einbau neuer Gas- und Ölheizungen unterbinden, dann dürfen wir den Individualverkehr nicht durch den Ausbau weiterer Autobahnen fördern, dann brauchen wir sofort ein Tempolimit, um den CO₂-Ausstoß durch Verbrenner zu reduzieren,

dann benötigen wir eine Unterstützung der deutschen Solarindustrie, kurzum: dann müssen wir alle Hebel nutzen, um den CO₂-Ausstoß zu senken.

Denn nur weil wir wegsehen und die Gefahr ignorieren, wird sie nicht verschwinden. Im Gegenteil, sie wird bedrohlicher und ist irgendwann unvermeidlich. Habeck hat auf der Digitalen Messe OMR in Hamburg etwas sehr Richtiges gesagt. "Es geht nicht um Klimaschutz. Dem Klima ist es egal, ob es 2 oder 3 Grad wärmer wird. Es geht um den Schutz einer menschenwürdigen Zukunft." Für unsere Kinder sollten wir daher endlich handeln!

Ich kann Robert Habeck nur zustimmen. Ganz zu schweigen von den Milliarden, die es uns kosten wird, die Schäden, die durch Wetterextreme wie Hochwasser und Stürme verursacht werden, zu beseitigen und die Milliarden, die wir benötigen werden, um uns an das veränderte Klima anzupassen. Nicht zu vergessen die absehbare Preiserhöhung diverser Lebensmittel, die Dürren, Wassermangel und Missernten nach sich ziehen werden. All dieses Geld sollten wir besser nutzen JETZT etwas zu tun, ehe es zu spät ist. Es ist eine Minute vor zwölf! Handelt! Zieht Konsequenzen! Und sagt nicht, ihr wärt nicht gewarnt worden.

Petra Jörns



2



Wie gut ist das Integrierte Klimaschutzkonzept der Verbandsgemeinde?

Ein Kommentar von Ralf Klein

Das mit Spannung erwartete Integrierte Klimaschutzkonzept der Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim, das in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft Infrastruktur und Umwelt erstellt wurde, liegt vor und es ist mit seinen knapp 100 Seiten recht opulent ausgefallen.

Die Bedeutung des Klimaschutzes erschließt sich jedoch nicht allein durch den Umfang eines Konzepts, sondern zuallererst durch die Einsicht in die Notwendigkeit, sich dieser Problematik anzunehmen. Deshalb darf nochmals daran erinnert, dass das Thema Klimaschutz anfänglich im Verbandsgemeinderat unterschätzt wurde, als man die Stelle einer Klimaschutzmanager*in nur als halbe Stelle ausschreiben wollte, oder man sogar davon sprach, es gebe gar keinen Platz im Rathaus für eine solche Stelle.

Doch die bessere Einsicht hat sich letztendlich durchgesetzt. Heute spricht selbst der Bürgermeister von „der wichtigsten Aufgabe, das Ausmaß der Klimakatastrophe zu begrenzen und die Folgen zu bewältigen“. Diese Aufgabe zu bewältigen wird ein Kraftakt, auch für unsere Gemeinde. Die nun durchgeführten Analysen und die entwickelten Szenarien in dem Konzept zeigen auf, dass es „weiter so wie bisher“ zukünftig nicht mehr geben kann. Denn ein „weiter so“ reicht nicht aus, die Ziele der Bundesregierung, zu denen sich auch unsere Verbandsgemeinde nun bekennt, zu erreichen.

Und diese Ziele sind klar definiert: 1. Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 für die Verbands- und Ortsgemeinden. 2. Einbau von Zwischenzielen bis 2030, die sich an einem engagierten Szenario orientieren.

Auch wenn in unserer Verbandsgemeinde bereits ein Trend zu klimaschutzwirksamen Maßnahmen eingeleitet ist, reicht dies erkennbar nicht aus. Das vorliegende Konzept verdeutlicht, dass wir uns in einem verstärkten Maß um Klimaschutz bemühen müssen, um die Energie- und Treibhausgasbilanz positiv zu beeinflussen.

Die altbekannten Abwehrreflexe gegen Klimaschutzmaßnahmen haben ausgedient. Wir wollen Vorbild sein und sinnvolle Maßnahmen ergreifen. Diese bietet das Integrierte Klimaschutzkonzept in reichlicher Anzahl.

Die Fraktion der Grünen freut sich darauf, die Maßnahmen gemeinsam anzugehen und nach und nach umzusetzen. Alle Maßnahmen sind wichtig, wenn auch unterschiedlich priorisiert. Das betrifft u. a. Felder wie Energieeinsparung und Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Mobilität und Klimawandelanpassung. Ganz wichtig sind in diesem Zusammenhang auch die Aktivierung und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen. Hierbei kommt unserer Klimaschutzmanagerin Frau Tavernier auch zukünftig eine besondere Bedeutung zu. Dass solche Prozesse bereits angestoßen wurden, ist sehr ausführlich in dem Konzept dokumentiert.

Gerade auf dem Feld des „kommunalen Energiemanagements“ sind die Erwartungen hoch, wie die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung umzusetzen ist - eine Aufgabe mit hoher Priorität. Auch die Umsetzung eines Mobilitätskonzeptes und die Begrünung von Flächen sind dringliche Themen für die Zukunft, um nur drei Beispiele für Maßnahmen herauszugreifen.

Wichtig ist, im Anschluss an die Maßnahmen, auch das Monitoring der Erfolge, nämlich die Treibhausgasbilanzierung fortzuführen, um zu schauen, ob sich die Emissionen auch so entwickeln, wie man sich das gewünscht hat.

Das Klimaschutzkonzept stellt noch keine konsequente und längerfristige ökologische Zeitenwende dar, die die Grünen für dringend erforderlich halten. Es ist dennoch ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in die Klimaneutralität. Daher unterstützt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das vorliegende Integrierte Klimaschutzkonzept der Verbandsgemeinde.



Der Dannstadter Osten



Eine Betrachtung von Andreas Pfeiffer

Die „Entlastungsstraße“

Sicher ist Ihnen längst bekannt, dass wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im VG-Rat die Baumaßnahmen im Osten von Dannstadt, also den Ausbau des Gewerbegebietes sowie den Bau der sogenannten „Entlastungsstraße“ ablehnen. Dabei wird uns stets vorgeworfen, der Erhalt des Pappelwäldchens sei uns wichtiger als die Entlastung der Hauptstraßenanwohner von Verkehrslärm und Abgasen.

Deshalb wollen wir hier unseren Standpunkt erklären: Wir wissen heute, dass der motorisierte Individualverkehr auf der Hauptstraße hauptsächlich hausgemacht ist, d. h. Start und Ziel vieler Fahrten ist der Ort selbst, weshalb die sogenannte „Entlastungsstraße“ nichts bringt. Die Entlastung bringt an dieser Stelle nur die Verkehrswende und damit - wo immer möglich - ein Umstieg auf den ÖPNV oder auf das Fahrrad. Dennoch wird man, so realistisch muss man sein, in einer Hauptstraße nie die Ruhe einer Nebenstraße erreichen können.

Der Schwerlastverkehr ist hingegen überwiegend Transitverkehr, fährt also nur durch zur Autobahn. Die



Entlastung auf der Hauptstraße könnte durch ein sofort umzusetzendes Durchfahrverbot gelingen. Der Transit-Schwerlastverkehr kann den Ort bequem über die A65 und A61 umfahren. Ohne Kosten- und Zeitverzug sollte deshalb ein Durchfahrverbot sofort erteilt und die Anwohner schnell und nachhaltig geschützt werden. Dies gilt erst recht für den landwirtschaftlichen Schwerlastverkehr.

Die Argumentation des Kreises, dass bei einem Durchfahrverbot Verdrängungsverkehr in den Nachbargemeinden entstehen würde, stammt noch aus einer Zeit, als es den Pfalzmarktanschluss an die A61 noch nicht gab. Unserer Meinung nach wurde hier ein Gefälligkeitsbescheid für die regierenden Fraktionen vor Ort erstellt, damit der Druck, ein Gewerbegebiet zu bauen (auf dem Rücken der Hauptstraßenanwohner) hoch bleibt.

Die Belastung durch landwirtschaftliche Fahrzeuge könnte jetzt schon vermindert werden, wenn die bestehenden Wege für diese Fahrzeuge konsequenter genutzt würden. Allerdings sehen wir hier auch noch Optimierungsmöglichkeiten im Wegenetz.

Das Pappelwäldchen und das Gewerbegebiet

Das Pappelwäldchen, das heißt, die Flächen um die eigentliche Pappelbaumgruppe, auf denen sich in den letzten Jahrzehnten eine reichhaltige Flora und Fauna als Wald und wertvolle Wiesen entwickelt hat, (was von der CDU bis heute, zuletzt am 22.05. in der Rheinpfalz, ignoriert und fälschlich dargestellt wird) ist das einzige Habitat seiner Art im Ortsrandbereich von Dannstadt mit seiner ansonsten landwirtschaftlich geprägten Landschaft.



Hier können Menschen fußläufig mit Kindern spazieren, sich nach dem Besuch der nahen Gastronomie die Beine vertreten, ihre Haustiere ausführen, Reiten gehen – kurz: sich erholen ... Sogar die CDU hat dort Bänke zum Verweilen aufgestellt, was wir sehr begrüßen! Ein Blick auf ein Luftbild der Gemeinde zeigt die Alleinstellung dieses Areals. Nicht zuletzt dient es als Trittsteinbiotop für Tiere. Wenig sensibel hat man ausgerechnet durch dieses Habitat die Erschließungsstraße durchgeplant. Das zeigt, wie wenig Verständnis man in den politischen Mehrheiten für die seltenen grünen Inseln in der Gemarkung hat.

Argumentiert wird hier mit den nötigen Einnahmen, die man mit dem enormen Ausbau des Gewerbegebietes generieren könne. Wir bezweifeln dies. Zum einen wird die Gemeinde natürlich durch den Verkauf der Gewerbeflächen kurzfristig Geld in die Kasse spülen, aber dies geschieht einmalig und wie viel davon in Zukunft von den Folgekosten aufgefressen wird, bleibt unklar. Ob und wie viel Gewerbesteuern hier einst fließen werden, bleibt ebenfalls eine unsichere Bank.



Fortsetzung , Seite 6

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

schon seit längerem wird viel über das **Gewerbegebiet** und über das **Pappelwäldchen** geredet und geschrieben. Als politische Kraft sehen wir als **Gemeindeverband „Dannstadter Höhe“ von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** es als unsere Aufgabe, etwas Klarheit in dieser Angelegenheit zu verschaffen und einige Fragen zu beantworten. Sie, liebe Leser*in, können sich dann Ihre eigene Meinung dazu bilden. Vielen Dank für Ihr Interesse!

1. Wer hat den Bau des Gewerbegebiets gestoppt? Und wieso?

Die **Gemeinde selbst** hatte 2022 die weiteren **Erschließungsarbeiten** des Gewerbegebiets Dannstadt-Ost **gestoppt**, da die Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren. **Die Gemeinde hätte gegen Recht und Gesetz verstoßen**. Vorgaben aus dem Bereich Artenschutz und der Waldgesetze wurden nicht ausreichend beachtet. Naturschutzbehörden und das zuständige Forstamt haben darauf hingewiesen. Man war nicht umfassend beraten, vermeldete die Gemeinde vor zwei Jahren.

2. Entlastet das Gewerbegebiet die Gemeinde vom Verkehr?

Nein, das Verkehrsaufkommen erhöht sich massiv! Laut den aktuellen Prognosen für 2035 eines Planungsunternehmens (modus consult), im Auftrag der Gemeinde 2015 und 2021 erstellt, ist dies belegt! Nach Fertigstellung des zweiten Abschnitts der Erschließungsstraße **würde sich das Verkehrsaufkommen insgesamt** – bezogen auf die beiden Verkehrsachsen – **beim Pkw-Verkehr verdoppeln** und **beim Schwerlastverkehr verdreifachen!** In Zahlen ausgedrückt bedeutet das für die Hauptstraße weiterhin **1,8 Mio. Pkw** und - trotz Reduktion - verbleibende **50.000 Schwerlastverkehr-Fahrzeuge** pro Jahr. Die neue Erschließungsstraße würde mit **215.000 zusätzlichen Schwerlastverkehr-Fahrzeugen** und **1,8 Mio. zusätzlichen Pkw** pro Jahr belastet. Die Böhler Straße wäre unverändert mit **770.000 Pkw** und **37.000 Schwerlastverkehr-Fahrzeugen** pro Jahr belastet. Die Zahlen sprechen für sich. Diese Zahlen waren bemerkenswerterweise kein Gegenstand der Sach- und Rechtslage bei Beschlüssen zum Gewerbegebiet in den Räten. (Zahlen gerundet)

Die geplante **Erschließungsstraße dient auch nicht zur Entlastung von landwirtschaftlichem Schwerlastverkehr** auf den Hauptstraßen. Dafür werden eigene Umfahrungen (Wirtschaftswege) gebaut, um Gewerbe und Landwirtschaft zu trennen. Diese

Wirtschaftswege werden übrigens mit großem Zuschuss des Landes realisiert.

Die **Technische Universität Kaiserslautern** hatte in den zurückliegenden Jahren im Rahmen eines Mastermoduls Stadtumbau und -erneuerung, unter Beteiligung der Bürgerschaft, eine Vielzahl von adäquaten Maßnahmen für die Gemeinde entwickelt und öffentlich vorgestellt, welche **kurz- und mittelfristige Lösungen zur Verkehrsberuhigung innerorts** aufzeigen. Deren **zeitgemäße Lösungen** sind – scheinbar – schon wieder in der Schublade verschwunden. Auch das von der Gemeinde zuletzt beauftragte Mobilitätskonzept des **Planungsunternehmens „Verkehr mit Köpfchen“** sieht vielfältige Lösungen vor. Ein **Gewerbegebiet spielt dabei keine Rolle!**

3. Soll das Pappelwäldchen gerodet werden?

Zur Begriffsklärung „Pappelwäldchen“ erscheinen folgende Hinweise notwendig. Das betreffende Areal, auf dem das Gewerbegebiet entstehen soll, wird im Volksmund kurz als „Pappelwäldchen“ bezeichnet. Allerdings ist nur ein kleiner Teil des betreffenden Geländes, etwa **2.500 m² Fläche**, mit Kulturpappeln bestockt; dieser **würde verschont** – gemäß Bebauungsplan. Der weitaus größere Teil, wir reden hier von ca. **30.000 m² Fläche**, bestehend aus Laubwald im Übergang zum Auwald, Glatthaferwiesen, Weiher und anderen Biotopen ist deutlich größer, als der Begriff „Pappelwäldchen“ vermuten lässt. Diese Fläche **würde beseitigt** - gemäß Bebauungsplan!

4. Wie geht es mit dem Gewerbegebiet jetzt weiter? Was wollen die Grünen?

Letztlich **entscheiden die Ämter und Behörden darüber**, ob ein Bebauungsplan vollzugsfähig ist oder nicht. Wegen arten- und waldschutzrechtlichen Vorgaben gab es zuletzt keine Genehmigung bzw. Erlaubnis für das Gewerbegebiet. Dieser Bewertungsprozess ist noch nicht gänzlich abgeschlossen.

Es liegt in der Hand der Kommunalpolitiker, die derzeitige **Bebauungsplanung aufzuheben**. Hinsichtlich der Vermeidung von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft und aus Klimaschutzgründen lehnen wir die geplante Erweiterung des Gewerbegebiets ab.



Fortsetzung von S. 4

Wenn die Gewerbesteuereinnahmen so üppig sprudeln, wie es das CDU-Werbematerial weismacht, warum lamentiert dann die Ortsspitze so sehr die prekäre finanzielle Lage der Gemeinde, wie zuletzt wieder einmal in der Rheinpfalz vom 22.05.2024 ?

Dem gegenüber stehen exorbitante Flächenversiegelungen, tausende zusätzlicher LKW-Fahrten mit belastenden Emissionen, Wildwuchs beim Parken, Hinterlassenschaften der Fahrer, die keine Infrastruktur vorfinden, die Verschandelung der östlichen Ortsansicht, die Ausbreitung von Gewerbe in einem Gebiet, das einst zum regionalen Grünzug gehörte.

Für kurzfristige Gewinne werden Fakten geschaffen, die nachfolgende Generationen stark belasten und im Zuge der Klimakatastrophe und des Artensterbens sowie des Grundwasserrückganges wie ein Anachronismus aus dem vorigen Jahrhundert wirken, aber keine Lösung für die Herausforderungen der Zukunft darstellen. Hier wäre die Gemeindeführung gut beraten, über Alternativen zum Generieren von Einnahmen nachzudenken - etwa durch Engagement in die Erzeugung von grünem Strom oder ähnlichem, wie es andere Gemeinden bereits praktizieren.



Chancen und Schwachstellen im ÖPNV

Kommentar

Die gute Nachricht zuerst: Dank Deutschlandticket, Rheinland-Pfalz-Takt und Schnellbuslinien hat sich auch in Dannstadt-Schauernheim der ÖPNV in den letzten Jahren graduell verbessert. Wer von Dannstadt oder Schauernheim in die Stadtmitte nach Ludwigshafen möchte, kann auf ein Angebot zurückgreifen, das die Konkurrenz zum Auto nicht zu scheuen braucht: schnell, zuverlässig und dabei ohne Parkplatzsorgen und -gebühren. Auch Mutterstadt und die südlichen Stadtteile von Ludwigshafen sind mit Bussen von Dannstadt aus umsteigefrei und schnell erreichbar.

Zwar sind auch die Bahnhöfe Schifferstadt und die Rhein-Haardt-Bahnhöfe in Fußgönheim und Maxdorf bequem und meist zuverlässig über das Ruftaxi angebunden, die Pflicht, das Ruftaxi mindestens eine Stunde im Voraus zu bestellen, verlangt aber eine Planbarkeit des Tagesablaufs, die insbesondere bei berufstätigen Personen oft schwer realisierbar ist.

Während die Bahnhöfe aber immer noch halbwegs zufriedenstellend angesteuert werden, gilt das für die Peripherie gar nicht.

Miserabel dagegen sind Fahrtziele irgendwo im Rhein-Pfalz-Kreis zu erreichen. Nur Mutterstadt ist von der Verbandsgemeinde aus direkt zu erreichen. Alle anderen Destinationen verlangen mindestens einen Umstieg, selbst eigentlich nah liegende Orte erreicht man planmäßig! erst nach weit über einer Stunde. Wohlgemerkt, das gilt von der Haltestelle Dannstadt am Rathaus. Alle anderen Haltestellen vor allem in Hochdorf-Assenheim und Rödersheim-Gronau sind noch viel schlechter angebunden. Von Mobilität ohne Auto innerhalb des Rhein-Pfalz-Kreises kann eigentlich nicht die Rede sein.

Hier herrscht Handlungsbedarf, hat sich doch der Kreis von der Stadt Ludwigshafen losgesagt und seine Verwaltung nach Schifferstadt und eine berufsbildende Schule nach Böhl-Iggelheim verlagert. Als Mindestanforderungen können regelmäßig verkehrende Nord-Süd sowie Ost-Westverbindungen gelten. Darüber hinaus ist mehr

Flexibilität gefordert. Vom Schweizer Modell von Misthauen zu Misthauen“ lässt sich ableiten, was öffentlicher Nahverkehr leisten kann.

Starten kann man im Rhein-Pfalz-Kreis mit der Einrichtung eines On-Demand-Verkehrs, der es ermöglicht mit Voranmeldung kostengünstig von einer beliebigen Haltestelle zu einer anderen zu gelangen. Wichtig an diesem Modell ist u. E., dass es möglichst viele Gruppen erfasst. Deutschland-Tickets und die anderer Zeitkarteninhaber sollten gültig sein. Gelegenheitsfahrer könnten über den VRN-Lufttarif ihre Tickets buchen. Aber auch Einzelticket-Benutzer müssten sich angesprochen fühlen, das On-Demand-Angebot zu nutzen. Selbstverständlich sollten auch Buchungen über das Telefonfestnetz sowie Barzahlungen möglich sein.

Die hin und wieder von Lokalpolitikern in den Raum gestellte Straßenbahnverbindung von Dannstadt über Mutterstadt nach Ludwigshafen, sollte man hingegen nicht als realistisch ansehen. Der zähe, teure und langwierige Ausbau der Linie 10 in Ludwigshafen zeigt anschaulich, dass es sich beim Straßenbahnprojekt Ludwigshafen-Dannstadt um eine Luftnummer handeln dürfte.

Gute Verbindungen zwischen Fahrzielen sind essentiell, aber nicht alles, was die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs ausmacht. Wenn die Haltestelle am Rathaus in Dannstadt, die die wichtigste Haltestelle der VG darstellt, durch die geplante Rathuserweiterung ihre Schatten spendenden Bäume verliert, wird sich kein Mensch der nachmittäglichen Gluthitze aussetzen, der andere Optionen hat. Ein anderer Evergreen leider ist der Schülerverkehr. Der Schulbusverkehr ist teilweise so stark ausgelastet, dass Schüler stehen müssen – und das schon seit Jahrzehnten. Das ist nicht hinnehmbar. Muss erst etwas Schlimmes passieren, dass hier gehandelt wird?

Es gibt noch vieles zu verbessern und die bereits erzielten Verbesserungen müssen beibehalten werden.

Jeanette Klein



Unbemerkt von den meisten bedroht uns neben dem Klimawandel eine weitere Krise, nämlich das weltweite Artensterben. Arten sind schon immer ausgestorben. Pro Tag sterben 135 bis 150 Arten weltweit aus. Der Durchschnitt der aktuell jährlich aussterbenden Arten ist jedoch um zehn- bis hundertmal höher als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Der Weltbiodiversitätsrat geht davon aus, dass eine Million der acht Millionen weltweit bekannten Arten vom Aussterben bedroht sind.

Im Zeitraum von 1960 bis 2021 haben wir in Deutschland einen Verlust von 70 bis 80 Prozent der Biomasse an Insekten zu beklagen. Von 1960 bis 2016 haben wir 40 Prozent der Feldvögel verloren, dabei geht es nicht nur um seltene Arten sondern auch um Alltagsarten wie z. B. den Haussperling. 250 heimische Vogelarten sind aktuell vom Aussterben bedroht. In Summe bedeutet das für Deutschland, dass 35 Prozent der Tierarten und 26 Prozent der Pflanzenarten in ihrem Bestand gefährdet sind. Etwa 34.000 Arten in Deutschland sind vom Aussterben bedroht!

Die Ursachen sind vielfältig. An erster Stelle steht jedoch der Verlust von Lebensräumen, der verursacht wird durch Städtebau, Bergbau, Straßenbau, sich ausdehnende Landwirtschaft und Nutzungsintensivierung. Weitere Ursachen sind Umweltverschmutzung und Umweltgifte, aber auch Übernutzung von Lebensräumen wie z.B. Überfischung oder das Vordringen invasiver Arten, die aus anderen Lebensräumen eingeschleppt wurden. Der Klimawandel verschärft all dies noch zusätzlich.

Der Weltbiodiversitätsrat geht davon aus, dass 75 Prozent der Landfläche und 66 Prozent der Meeresfläche durch den Menschen verändert wurden. Nur noch ein Drittel bis ein Viertel der Erdoberfläche besteht aus unberührter Natur. Und wir müssen davon ausgehen, dass der Verlust an unberührter Natur fortschreitet, sofern wir dem nicht aktiv entgegenwirken.

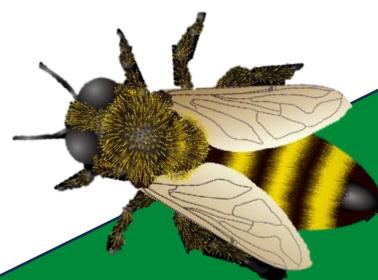
Die Folgen, die das Artensterben für uns haben, sind katastrophal. Wenn die Klimakrise bestimmt, in welcher Form wir künftig leben werden, bestimmt das Artensterben, ob wir überhaupt noch leben werden. Das klingt drastisch, letztendlich ist das das Ergebnis heutiger Forschung. Wir sind auf die planetare biologische Vielfalt für unser Überleben zwingend angewiesen. Das Aussterben von Arten belastet unsere Ökosysteme. Wird ein bestimmter Punkt überschritten, brechen diese Ökosysteme zusammen. Durch die Schädigung der Ökosysteme verlieren wir die Ökosystemleistungen, die diese uns kostenfrei zur Verfügung stellen in Form von Nahrung, sauberem Wasser und Luft zum Atmen. Welche Konsequenzen es für unser Überleben hat, wenn diese Ökosystemleistungen wegfallen, muss nicht erklärt werden.

Die Europäische Kommission hat festgestellt, dass sich über 80 Prozent unserer Ökosysteme in einem schlechten Zustand befinden. Aus diesem Grund sollte das Nature Restoration Gesetz beschlossen werden, um unser aller Überleben zu sichern. Zu diesem Zweck sollen 20 Prozent der EU-Fläche in ihren Ursprungszustand versetzt werden, also wiederhergestellt werden. Ultimativ sollen bis 2050 alle Ökosysteme wiederhergestellt werden. Dazu gehören neben geschützten Biotopen, Flüssen, Meeren und Wäldern ebenso urbane Ökosysteme und landwirtschaftliche Ökosysteme. Ein guter Grund, um die Grünen ins Europaparlament zu wählen, die für das Nature Restoration Gesetz und damit unser aller Zukunft einstehen.

Aber auch auf kommunaler Ebene können wir einiges für die Biodiversität tun, nämlich in unserem eigenen Hausgarten und auf den kommunalen Ehda-Flächen. Die 13 Millionen Privatgärten machen 6 Prozent der Landesfläche aus, die Ehda-Flächen 2 bis 6 Prozent. Im Vergleich dazu beträgt die Gesamtfläche der Naturschutzgebiete bundesweit 6,3 Prozent. Zusammengekommen können wir auf diesen Flächen eine Menge bewegen, indem wir Privatgärten und kommunale Flächen naturfreundlich gestalten.

Als wichtigste Punkte seien hier genannt: die Verwendung regionaler/heimischer Arten zur Förderung blütenbesuchender Insekten, Verzicht auf Herbizide und Lichtsmog, Strukturanreicherung durch Einstellung von Feuchtegradienten, Errichtung von Totholz- und Leeseinbauten bzw. Trockenmauern, Ausbringen von Nisthilfen für Vögel, Fledermäuse, Kleinsäuger und Insekten sowie die Belassung wilder Ecken. Ein Insektenhotel nutzt nämlich gar nichts, wenn im Garten keine heimischen Pflanzen wachsen, auf die unsere heimischen Insekten angepasst sind. Das Problem wird dadurch verschärft, dass ein Drittel unserer Wildbienen nur an einer oder einigen wenigen Arten Pollen und Nektar sammeln. Fehlen diese Pflanzenarten, sterben diese Wildbienen aus.

Wir Grünen machen uns mit vielerlei Maßnahmen stark für mehr heimisches Grün in unserem Ort. Denn nebenbei leistet jeder begrünte Quadratmeter im Ort auch einen Beitrag zum Klimaschutz und hilft dabei, das Dorf-klima zu verbessern. Packen wir es an, ehe es zu spät ist! Wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir eine Menge bewirken.



Petra Jörns

